



Medienmitteilung, 18. April 2024.

Der VPOD hat das Referendum gegen EFAS eingereicht

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) hat heute 57'346 Unterschriften gegen die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) – Einheitliche Finanzierung der Leistungen (EFAS) – bei der Bundeskanzlei eingereicht.

„Meine Kolleg:innen und ich haben uns gegen EFAS ausgesprochen, weil wir wissen, dass diese Revision zu einer weiteren Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen und der Qualität der Betreuung führen würde“, erklärt Friederike Flückiger, Pflegefachfrau und Präsidentin der VPOD-Gesundheitskommission. „Wir sind wirklich erleichtert, dass es uns gelungen ist, die Notbremse zu ziehen, um zu versuchen, diese KVG-Revision zu stoppen.“

Christian Dandrès, Präsident des VPOD, teilt diese Ansicht, denn EFAS stellt eine echte Gefahr für das öffentliche Gesundheitssystem dar. Die Reform ändert die Art der Finanzierung des Gesundheitswesens radikal. Sie überträgt die Verantwortung von den Kantonen hinzu den Krankenkassen, welche sich in einer einzigen privaten Institution organisieren und 11 Milliarden unserer Steuergelder verwalten würden. Zusätzlich zu den Milliarden aus unseren Prämien. „Die Kassen sind aufgrund ihrer Undurchsichtigkeit, ihrer Betriebskosten und ihrer ständigen Interessenkonflikte ein Teil des Problems des Gesundheitssystems. Sie sind für die Grundversicherung zuständig und gleichzeitig auf der Suche nach Klient:innen für ihre lukrativen Zusatzversicherungen. Anstatt ihre Macht zu beschneiden, gibt EFAS ihnen die Kontrolle über das gesamte System“, so Christian Dandrès.

„Mit EFAS würde sich die öffentliche Hand ihrer Pflicht entziehen, die Finanzierung der Alters- und Pflegeheime und der Spitex zu gewährleisten“, betont Natascha Wey, Generalsekretärin des VPOD. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und der demografischen Entwicklung widerspricht dieser Paradigmenwechsel den Bedürfnissen der Bevölkerung. Er würde automatisch zu einem erhöhten finanziellen Druck auf die Krankenkassenprämien, auf die Arbeitsbedingungen und die Pflegeleistungen für die Heimbewohner:innen führen.

„Ältere Menschen, die in Alters- und Pflegeheimen leben, sind eine schutzbedürftige Bevölkerungsgruppe. Um für sie sorgen zu können, müssen ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen. Mit EFAS werden die Heimbewohner:innen als Profitquelle für private Leistungsanbieter betrachtet. Gegen diese Logik müssen wir uns mobilisieren!“, kritisiert Natascha Wey.

Dieser Auffassung ist auch Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), der eine Revision des KVG anprangert, die das Gesundheitssystem nur verschlechtern und die Kosten erhöhen würde, um den Profitinteressen der privaten Akteure zu dienen. „Das Ziel der Lobbys des Gesundheitsmarktes ist es, dass der Staat und die Bevölkerung zahlen und die Entscheidungen über die Verteilung der Ressourcen der demokratischen Kontrolle entzogen werden.“

Der VPOD ruft mit Unterstützung ihres Dachverbandes, dem SGB, die Bevölkerung auf, diese Reform bei der Abstimmung an der Urne zu bodigen.

Kontakt:

Natascha Wey (deutsch), VPOD Generalsekretärin Tel. 076 386 82 80

Viviane Hösli (deutsch), VPOD Zentralsekretärin Tel. 079 529 84 98

Beatriz Rosende (französisch), VPOD Zentralsekretärin, Tel. 076 308 52 18

Christian Dandrès (französisch), VPOD Präsident, Tel. 079 738 23 66